

Moers, 22. März 2022

CDU: Trotz Corona ist der Moerser Wohnungsmarkt auf gutem Niveau

Diesen Eindruck gewinnt die Moerser CDU-Fraktion nach einem konstruktiven Austausch mit dem Eigentümer-Verein Haus & Grund Moers.

„Trotz der langanhaltenden Pandemie hat der Verein uns gegenüber eine durchaus positive Bilanz für den bestehenden Moerser Wohnungsmarkt ziehen können.“, so die CDU-Fraktionsvorsitzende und Landtagskandidatin Julia Zupancic.

„Unser Wohnungsmarkt ist offensichtlich gut aufgestellt. Hier gibt es nach wie vor eine überschaubare Anzahl an hochpreisigen Mietangeboten. Zahlungsprobleme oder sogar Ausfälle bei den Mieten habe es in den vergangenen zwei Jahren im privaten Wohnraumsektor nicht gegeben. Und auch ein Notstand auf dem Wohnungsmarkt zeichne sich bisher nicht ab. Das ist sehr erfreulich!“, so Zupancic weiter.

Probleme gebe es aber offenbar bei Neubauten, berichtet der Geschäftsführer von Haus & Grund Grafschaft Moers e.V., Michael Buser:

„Die Wartephase von Baugenehmigungen dauern immer noch zu lange, sodass Bauherren zwar längst in den Startlöchern stehen, aber nicht weiterkommen. Da muss nachjustiert werden, dass so ein Genehmigungsverfahren schneller geht.“

Zudem müsse laut Buser auch bei der Ausschreibung von Grundstücken nachgebessert werden.

„Wir brauchen sicherlich den sozialen Wohnungsbau. Allerdings ist er nicht das „Allheilmittel“. Der Mix macht es eben! Auch privaten Wohnraum Schaffende hier in Moers brauchen Chancen und Unterstützung der Politik. Die Regelungen unter dem Fünfer-Bündnis machen es nicht einfacher. Wenn man Grundstücke zum Verkauf ausschreibt, sollte man auch frei ausschreiben, sodass auch beispielsweise junge Familien die Chance bekommen, neu bauen zu können.“

Diese Forderung unterstützt auch Julia Zupancic gemeinsam mit ihrer Fraktion in Moers.

„Eigentum darf für junge Familien nicht noch unerreichbarer werden. Der deutliche Preisanstieg auf dem Grundstücksmarkt auch hier in der Grafenstadt ist da. Und deswegen ist es wichtig, dass wir Abhilfe schaffen, indem wir beispielsweise



Eigentümerinnen und Eigentümer von Immobilien von Straßenausbaubeiträgen entlasten. Dass die CDU-geführte Landesregierung dieses Wahlversprechen in der vergangenen Woche durchsetzen konnte, ist großartig! Gleichermäßen ist es bedauerlich, dass die SPD hier nun laut wird und die Abschaffung kritisiert. Denn das sogenannte Kommunalabgabengesetz ist 1969 unter SPD-Führung in Kraft getreten! Danach hatte die SPD ganze 43 Jahre in Regierungsverantwortung die Chance, es abzuschaffen.“

